

"Europa ist wichtiger als Saar Autonomie" in Trierischer Volksfreund (17. Januar 1950)

Legende: Am 17. Januar 1950 analysiert die deutsche Tageszeitung Trierischer Volksfreund die Pressekonferenz des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauers anlässlich des offiziellen Besuchs von Robert Schuman in der Bundesrepublik Deutschland und erläutert die Haltung des Kanzlers zur Lösung der Saarfrage.

Quelle: Trierischer Volksfreund. 17.01.1950. [s.l.].

Urheberrecht: (c) Trierischer Volksfreund

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"europa_ist_wichtiger_als_saar_autonomie"_in_trierischer_volksfreund_17_januar_1950-de-638f2299-2649-4bcd-874e-48318584cbda.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Adenauer über seine Gespräche mit Schuman

Europa ist wichtiger als Saar-Autonomie

Gruben gehören Deutschland - Saarfrage noch nicht reif - Saarbevölkerung soll achtsam sein

DRAHTBERICHT UNSERER BONNER REDAKTION

BONN. In einer mit Nachdruck vorgetragenen Erklärung lehnte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Montag auf der Bundespressekonferenz die Schaffung eines autonomen Saarstaates im Sinne einer Loslösung von Deutschland ab. Der Bundeskanzler stellte fest, daß die Westalliierten die Unversehrtheit der deutschen Grenzen bis zum Abschluß eines Friedensvertrages garantiert haben. Er wies ferner dokumentarisch nach, daß die Saargruben Eigentum der Bundesrepublik sind, und daß nicht ohne Befragung der deutschen Bundesrepublik über sie verfügt werden könne. Schließlich vertrat der Kanzler den Standpunkt, daß die Saarfrage im Rahmen der Europafrage gelöst werden müsse.

Zu den Besprechungen mit dem französischen Außenminister Schuman sagte der Bundeskanzler, es habe sich um einen informatorischen Gedankenaustausch ohne festes Programm über die beiderseitigen Schwierigkeiten gehandelt. Er sei unter vier Augen sehr offen und sehr herzlich vor sich gegangen, wobei in diesen Punkten Übereinstimmung geherrscht habe. Er hoffe, daß in anderen Punkten auch eine Übereinstimmung zustandekommen werde. Adenauer begrüßte insbesondere, daß der französische Außenminister von sich aus die Frage der Sicherheit Westdeutschlands angeschnitten habe, nachdem bisher immer nur von der Sicherheit der anderen gegenüber Deutschland die Rede gewesen sei, das bei einem gespannten Zustand in Europa an exponierter Stelle stehe. Er glaube zwar nicht an unmittelbar bevorstehende Kriegshandlungen; aber da niemand von einem friedlichen Europa sprechen könne, habe das völlig entwaffnete Deutschland das größte Interesse daran, daß von kompetenter Stelle erklärt werde, diejenigen, die es entwaffnet haben, würden auch für seine Sicherheit eintreten. Deutschland muß dem französischen Außenminister dankbar dafür sein, daß er dafür volles Verständnis gezeigt habe.

Der Bundeskanzler übte unmißverständliche Kritik an dem saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann, der vor dem Besuch Schumans in Bonn die Saarfrage in den Vordergrund der Diskussion gestellt habe und dadurch störend in die deutsch-französischen Besprechungen eingegriffen habe. „Ich habe dies nicht begrüßt“, sagte der Bundeskanzler wörtlich, „und meiner Ansicht nach ist die Saarfrage noch nicht reif für eine Regelung. Ich hätte es lieber gesehen, wenn die Regelung der Saarfrage erst nach einer Besserung des deutsch-französischen Verhältnisses in Angriff genommen worden wäre. Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß eine Regelung der Saarfrage zwischen Deutschland, Frankreich und dem Saargebiet selbst möglich ist unter dem Gesichtspunkt der Europäischen Union. Den Grund der Saarregierung, jetzt zu drängen, kenne ich nicht; aber ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß gerade die Furcht vor dem Eintritt Deutschlands in die Europäische Union die Saarregierung und den saarländischen Ministerpräsidenten veranlaßt haben, vorher vollendete Tatsachen zu schaffen.“

Nach Pressemeldungen bezögen die Wünsche der Saarregierung sich auf die Herstellung einer größeren Autonomie für das Saargebiet und gegen die Verpachtung der Saargruben an Frankreich auf die Dauer von 50 Jahren. Zur Autonomiefrage erklärte Adenauer wörtlich: „Wenn die Saarregierung lediglich den Wunsch hätte, eine größere Freiheit gegenüber der jetzt dort herrschenden Militärregierung zu bekommen, so wäre ein solcher Wunsch durchaus verständlich und zu begrüßen. Wenn aber unter dem Wort „größere Autonomie für das Saargebiet“ das Verlangen nach Abtrennung der Saar von Deutschland verborgen sein sollte, wird dagegen ebenso Widerspruch erhoben, wie wir Widerspruch gegen die einseitige Festlegung der Oder-Neiße-Linie durch Sowjetrußland erhoben haben.“ Die Alliierten, so stellte Adenauer mit nachdrücklicher Betonung fest, haben immer den Standpunkt vertreten, daß die Grenzen des Deutschen Reiches weiter bestehen. Eine Neuordnung solle dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Diesen Standpunkt hat auch die französische Regierung wiederholt vertreten.

In ihrer ersten Verordnung vom Juli 1945 hätten die Alliierten erklärt, daß sie die ganze Regierungsgewalt

in Deutschland übernommen und daß Grenzänderungen dem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müßten. „Ich glaube“, so sagte Adenauer, „die französische Regierung würde ihrem Standpunkt, den sie bisher in der ganzen Frage eingenommen hat, widersprechen, wenn sie dem Verlangen der Saarregierung stattgeben würde. Wenn man vom Grundsatz, daß der künftige Friedensvertrag alles erledigt, einmal abgeht, könnten in Deutschland Entwicklungen eintreten, die kein Mensch überschaut. Deshalb habe ich den dringenden Wunsch, daß die Saarbevölkerung selbst darauf achte, daß nichts derartiges geschieht.“

In wirtschaftlicher Beziehung wies Adenauer darauf hin, daß die Produktion der Saargruben, die 35 Prozent der Saararbeiter beschäftigen, 1948 fast zur Hälfte nach Deutschland ging. Die Saar sei also für den Absatz ihrer wichtigsten Erzeugnisse auf Deutschland angewiesen.

Das Eigentum an den Saargruben stehe nach Artikel 134 des Grundgesetzes der Deutschen Bundesrepublik zu, stellte der Bundeskanzler zur rechtlichen Seite der Saargelegenheit fest. Nach diesem Artikel werde der Bund Eigentümer des früheren Besitzes des Deutschen Reiches. Da die Regierungen der USA, Frankreichs und Englands das Grundgesetz angenommen hätten, sei dieser Artikel auch nicht ausgenommen. Denn sonst würde eine Quasi-Übereignung — denn etwas anderes bedeutet eine 50jährige Verpachtung nicht — beschlossen, ohne daß der Eigentümer, die Bundesrepublik, dazu gehört werde. Man werde an den nun einmal vorhandenen Rechtsverhältnissen nicht vorbeikommen können. „Ich glaube“, so erklärte Adenauer abschließend, „daß die drei Alliierten Stellung nehmen und dem treu bleiben müßten, was sie damals genehmigt haben. Die Saarfrage mag noch so interessant und für gewisse Machthaber an der Saar noch so wertvoll sein, ich bin der Auffassung, daß die europäische Frage für uns alle miteinander die wichtigste Frage ist und daß ihre weitere Entwicklung nicht unter der Saarfrage leiden darf. Jeder gute Europäer wird mir darin zustimmen, daß man die Gedanken und Erwägungen des Ruhrstatuts auch auf die Saar — ebenso gut wie auf Lothringen anwenden kann, da das Ruhrstatut ja eine europäische Entwicklung einleitet. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der europäische Gedanke der maßgebende bleibt.“